

Zuschlag für Polizei,  
Unterhaltung, Geschäftserleichterung,  
Wiederholung, Ausgaben.  
Gesetzgebungsverhandlungen ab 2.00.  
Durch die Post ab 2.50, im Ausland  
mit entsprechendem Sollzettel.  
Annahme von Auftragsanträgen:  
Postamt und Postamt, 11 Uhr bis Mitternacht.  
Postamt und Postamt, 11 Uhr bis Mitternacht.  
Die Wiederholung ist 2 Uhr bis Mitternacht.  
Die Postamt ist 11 Uhr bis Mitternacht.  
Postamt und Postamt, 11 Uhr bis Mitternacht.

# Dresdner Nachrichten

## Engros-Lager

von Karten, Postkarten, Alben, Schulbedarf etc., allen Buchbinderveraaren.  
G. H. Rehfeld & Sohn, Papierdruckerei, Hauptstr. 24.

Dresden, 1894.

39. Jahrgang.



**W. F. Seeger, Dresden**  
Kasernenstrasse 31 — Fernsprecher 2153  
empfiehlt zur Saison:  
**Maitrank und Bowlen-Sekt.**

**Havelocks** in großer Auswahl von 15 Ml. an

**Altmarkt. Robert Kunze. Rathaus.** → Reise-Artikel, Herren-Modewaaren, Lederwaaren. ←

**Nr. 105. Spiegel:** Bewegung gegen die Konsumvereine. Hörnchenrichten, Erzung des prächtigen Baates, Agt. Hofstaat, Rennen, Rondinen und Tagesschäfte.

### Politisch.

Auf dem Allgemeinen Handwerkskongress in Berlin war von einem der Redner, der die Voraussetzungen der Zustimmung der Handwerkertreife zu der von der Regierung vorgelegten Errichtung von Handwerkskammern formulierte, erläutert worden, daß die Organisation des Handwerks für sich allein keinesfalls genüge, um dasselbe mit voller Erfriedigung zu erhalten. Vielmehr sei daneben an den weiteren Forderungen, wie Beleitigung oder wenigstens Unschädlichmachung der Offiziers- und Beamten-, sowie sonstigen Konsumvereine, Bechränkung des Haushaltshandels und Verbot des Detailkaufs, Beleitigung der gemeinschaftlichen Auswüchse der Warenabholungsgeschäfte u. s. w. „unerschütterlich festzuhalten“. Die genannten Forderungen, welche im Wesentlichen das gemeinsame Merkmal der Verbildung einer entweder schwierhaften oder übermächtigen Konkurrenz tragen, sind sinnlich in Wort und Schrift so oft und ausführlich ausgezählt und begründet worden, daß heute ihre allgemeine Bekanntheit im größeren Publikum mit einem Recht vorausgesetzt werden darf. Nur die Konsumvereine nehmen in dieser Beziehung eine Ausnahmestellung ein.

Konsumvereine im weiteren Sinne heißen alle diejenigen Gemeinschaften, welche beweisen, ihren Mitgliedern Lebensbedürfnisse aller Art unter möglichst vortheilhaftesten Bedingungen zu verschaffen, indem sie die Vermittlung der Kleinhandels unzuñigbar machen. Unter dem Einfluß der von Schulze-Delitzsch eingetreteten Gewerbeschaffungsbewegung entstanden, haben die Konsumvereine im Laufe der Zeit darüber überwand genommen, daß die Zustände, welche dadurch im gewöhnlichen Leben hervorgerufen sind, zu den beßergeschätzten Ausköpfen der modernen Gesellschaft gezielt werden müssen. Wie sehr ein großer Theil der Konsumvereine ihrer eigentlichen, an sich billigeren Bestimmung, die Lebenshaltung ihrer Mitglieder zu erleichtern, unterwegs geworden ist, beweisen die leichten Jahresberichte der beiden größten deutschen Institute dieser Art, des „Offiziersvereins“ und des „Östlicher Waaren-Genossenschaftsvereins“. Der „Offiziersverein“ hat im Jahre 1893 in seinem Waarenhaus einen Umsatz von 5.358.334 Ml. erzielt. Der Gewinn-Bruttogewinn beträgt 742.000 Ml. Der Nettoverdienst nach Abzug der Geschäftskosten und Gehälter beläuft sich auf 185.810 Ml. Diese Zahlen bedeuten, daß der kolossale Umsatz von fast 50 Millionen Mark den Kleinbetrieben entzogen worden ist, daß der Bruttogewinn nahezu 15 Prozent des Umsatzes betragen, und daß der Nettoverdienst zu einer horizontalen Vergleichung von 2.840.000 Ml. in welcher Höhe Anteilsscheine ausgegeben sind, genug! Noch eindrücklicher ist die Lehre, welche die Zahlen der Jahresbilanz des zweiten vorgebauten Vereins für 1892 — die Abrechnung auf 1893 liegt noch nicht vor — verdeutigen. Darnach zählt der „Östlicher Waaren-Genossenschaftsverein“ 2.000 Mitglieder, 54 Filialen und eine eigene Bäckerei. Der Umsatz betrug volle 11 Millionen Mark, die einen Verdienst von 1.800.000 Ml. abwurfen. Nicht genug damit, wird das lehrgesetzliche Urteil, daß eine kleine Existenz nach der anderen verschlingt, auch noch von Staatswegen künftig aufgepäppelt, indem es sich des Privilegiums der Schnapsfassenzession erfreut. Wenn irgendwo der Gemeindeplau, daß Zahlen reden, zutrißt, so ist es hier der Fall. Die mitgliedigen Zahlen aus den Konsumvereine-Städtiken verklären mit unzweckhafter Deutlichkeit, daß die Entwicklung der Konsumvereine zu reinen Gewerbsgenossenschaften an Stelle bloher Vereinigungen zum Zwecke der Erschließung des Raumes um's Dorf herum reißende Fortschritte macht. Das ist ein wirtschaftlicher Prozeß, dem aus sozialpolitischen Gründen im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes auf die eine oder andere Weise gesteuert werden muß.

Bei der Beantwortung der Frage nach den zur Abhilfe geeigneten Mitteln wird zwischen drei Arten von Konsumvereinen zu unterscheiden sein: staatliche Verkaufsgenossenschaften, Offiziers- und Beamtenvereine, und Konsumvereine im engeren Sinne. Mit Bezug auf die zuerst genannten staatlichen Verkaufsgenossenschaften haben die Reichstagsabgeordneten Dr. König und Genossen den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes aufzufordern, auf Grund dessen staatlichen Betrieben die Gründung derartiger Genossenschaften verboten wird und die bereits bestehenden Vereine dieser Art aufgehoben werden. Der Antrag enthält durchaus keine nötige Forderung, denn die Verwaltung sämtlicher staatlichen Verkaufsstellen unterscheidet in letzter Linie einer einheitlichen Centralstelle, nämlich dem Staat, der jederzeit die Aufsicht der betriebslosen Institute verfügen kann. Es geht durchaus nicht an, daß der Staat selbst in dem an sich läblichen Betrieb den in seinen Betrieben Angestellten eine gute und billige Lebenshaltung zu verschaffen, seinen gewerbetreibenden Unterthanen eine ihre Existenz gefährdende Konkurrenz eröffnet. Je eher daher der Antrag Dr. König zum Gegenstand wird, desto besser. Anders liegt aber die Sache bei den denigenen Genossenschaften, die auf einer statutarischen Vereinigung der Interessenten beruhen. Da die Verfassungen der Bundesstaaten durchgängig allen Staatsangehörigen das Recht verleihen, sich zur Verwirklichung erlaubter Freude in Gesellschaften zu vereinigen, so würde ein reichsdeutschliches Verbot solcher Vereine viel böses Blut machen. Für eine so zwiespältige Maßregel diente daher in ablesbarer Zeit weder der Reichstag noch der Bundesrat zu haben sein, weshalb es notwendig ist, sich nach anderweitigen Repressivmaßregeln innerhalb des Rahmens der bestehenden Vereinigungsfreiheit umzusehen. Den Offiziers- und Beamtenvereinen wird man vielleicht noch durch die anhaltende Ausübung eines moralischen Drucks vieh zu schaffen. Mit dem der Landwirtschaft vom Regierung-

### „Invalidendank“

Dresden, Seestrasse 6, 1.

Fernsprechstelle 1112.

- I. Unterrichtsexpedition für alle Zeitungen.
- II. Bühnen-Verkauf für das 18.-Jahr-Theater.
- III. Effekten-Controle unter Kuratorie.
- IV. Galerie d. r. Sächs. Landesbibliothek.



### Glaswaaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl

Willh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten, Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

**Herrenhüte.**

Neuheiten  
englischer  
und  
Wiener

**Sonntag, 15. April.**

tische aus zugesicherten Wohlwollen ist es allein nicht gethan. Für Bismarck wurde die Handelsvertretungspolitik niemals inauguriert, durch welche der deutsche Bauerlande ruiniert werde, Deutschland sei kein Industrieland, die Landwirtschaft werde immer die Grundlage unseres Staatswesens bilden müssen. Ihnen Sie den Anteil wohlwollend, und tunen Sie, daß der vorgeschlagene Weg nicht günstig ist, so bemühen Sie sich mit uns, einen anderen zu finden. (Lebhafte Beifall rechts) — Abg. Dr. Boden (Cent.) erklärt das Betreten des vorgeschlagenen Weges als unmöglich, und zwar als unmöglich für alle Seiten, so lange unsere christlich-germanische Kultur auch nur in ihren Grundzügen erhalten bleiben soll. Eine Verschärfung, wie sie die Autographen wollten, sei in einem Nationalstaate ganz unbedenkbar, nur durch internationale Vereinbarung wäre eine solche Verschärfung durchführbar. Berücksichtige man den Handel mit ausländischen Getreide, in welche man doch auch den inländischen Getreidehandel und schließlich die ganze Produktionsverteilung müsse. Wie groß müsse das Betriebskapital des Staates sein, um auch nur den Handel mit ausländischem Getreide zu verhindern? Es müsse für 461 Mill. Mark Getreide jährlich austauschen, und deshalb bis kurz vor der neuen Ernte liegen lassen, wonach es großer Lagerhäuser benötigt. Werde die ganze Getreideproduktion verhindert, dann würde ich der Betrag der nötigen Betriebsmittel vergeblich sein. Und was dann, wenn sich der Staat einmal verpufft? Mit einer Ausrüstung der Getreidevermögen müste die Ausrüstung von Minimallöhnern für die Landwirtschaftlichkeitlichen Arbeitern hand in Hand gehen. Wollen Sie das? Ein ist Sozialismus wie das Andere; die Sozialisten wollen bei den Minimallöhnern anfangen, der Anttag kann bei der Minimallöhnern. Dieser Sozialismus zerstört die betreibende Erziehung, die Familie, die Quelle des ewigen Lebens. Der Anttag kann wolle eine Einheitspreis. Auf den westlichen Märkten sei heute infolge der höheren Löhne und der höheren Transportkosten der Getreidepreis um 30 bis 40% höher als im Osten. Durch die Einführung des Einheitspreises würde den Osten also eine Rente auf Kosten der Landwirtschaft im Westen gewährt werden. Bis jetzt ist noch kein Vorfall im Interesse der Landwirtschaft unbekannt geblieben. Man vergißt stets, daß die Landwirtschaft noch immer einen ansehnlichen Sollzettel besitzt; der soll nicht genommen werden, aber er soll doch nun auch anerkannt, was die südliche und industrielle Bevölkerung für ne leistet. Die preußische Steuerreform ist in erster Linie dem Grundbesitz zu Gute gekommen. Sie bestätigen sich über die Kosten infolge der Sozialversicherung; aber Sie haben doch dafür gestimmt. Sie haben die Zoll freiwillig übernommen, trotz der Mahnungen, die aus meiner Partei laut wurden. Der größte Theil der Konkurrenz hat auch für den Handelsvertrag mit Westen aufgenommen, der Anttag für die Südwüste und Industrie und deshalb ist er leichter geworden. Die heutige Finanzlage des Reiches ist nicht durch die Handelsverträge, sondern durch die Militärverträge veranlaßt. Ich bitte die Regierung um eine umfassende Agrarschafft. Wir müssen endlich aus der Welt der Phrasen auf keinen Boden kommen (Lebhafte Beifall). — Abg. v. Bemmelen (not-lib.): Meine Freunde, eindringlich der Mitglieder des Bundes der Landwirthe, halten den Antrag für verdecklich für die Interessen der Landwirtschaft und gefährlich für die berechtigten Forderungen der Landwirthe. Ursprünglich habe man ja auch diesen Antrag vielleicht für einen schlechten Scherz gehalten. Der Rothstand im Osten werde von dem Graden Kunst übertrieben. Er habe seine Preisvergleiche seit 1850 nur auf die Rechte, nicht aber auf Brot und Fleisch ertragen. Heute nun, wo Fleisch teurer ist als früher, wird ein rationell wirtschaftender Landwirt keinen Extra auf das Doppelte des früheren steigern können. Wo man mit den nötigen Erfahrungen, Kenntnissen und Betriebsmitteln ausgerüstet, die Landwirtschaft besteht, kann man noch immer auskommen. Solange das Reich besteht, ist noch kein Vorfall so gejährt gewesen. Bisher auf die Rücken der Sozialdemokratie zu schützen, wie dieer Antrag (Bemalte Bemerkung bei den Sozialdemokraten). Welches wären denn die sozialpolitischen Folgen des Antrages? Wenn denselben Anspruch auf Mindestrente, wie ihn hier die Landwirtschaft stellt, nicht auch Arbeitern stellen? Nicht auch Handel und Industrie, die seit zwei Jahren im Niedergang sind, nicht auch Gewerbe und das Handwerk? Und sind nicht die Landwirthe viel weniger gebraucht als die Arbeiter, die nie wissen, ob sie morgen Arbeit und Unterhalt haben? Nach diesem Abreim eigenen Vorwürfen kann der Arbeit von Ihnen ja denselben Minimallohn verlangen, der in ganz Deutschland herrschen würde, denselben Zoll, den Industrieerwerber im Westen erhalten. Und bei dem Verlangen nach Minimallohn für ganz Deutschland würde es nicht bleiben, es würde zu Aufländen kommen, die mit Warengewalt würden niedergeschlagen werden müssen. Eine Agitation, die so eindringlich vorgeht, mag doch den Hintergrund annehmen werden. Der Antrag wird mit überwältigender Majorität abgelehnt werden. Die Niederlage, die Sie zu finden, möge für Sie der Ausgang der Umfrage sein. Sollte das der Fall sein, sollte der Antrag die Umfrage zur Folge haben, dann wollen wir es als ein Glück ansiehen und uns freuen, daß der Antrag hier zur Verhinderung kam. (Beifall). — Abg. v. d. Borsig (Cent.): Der Borsig nannte die Ausführungen des Herrn v. Bemmelen empfindlich, wenn aber ein Mann, der noch mehr die Verdienste des preußischen Adels so glänzend schilderte, ihnen jetzt den Zorn sei, da müßte ihnen doch endlich das Verdienst dafür angedeutet werden, wie ich es mit ihnen verabgesteht. Ich wünschte, daß konserватiv gleichbedeutend wäre mit diesem Antrage, dann wäre es mit Ihnen zu Ende. Der Antrag ist lediglich agitatorischer Natur. Sie haben jetzt wieder Agitationsstoff, der Anttag hat wieder Samen, und Herr v. Borsig kann jetzt wieder auf kleinen geben. Groß Anttag überläßt alles Weiteres des Antrages der Ausführung des Antrages der Kommission, geben wie durch den Kommission gleich Auftrag, und die ganze soziale Frage in ihren Geisterei. Mit viel größerer Rechte als gegen die Sozialdemokratie müßte gegen die Konkurrenz ein Ansatz gezeigt werden, um die wachsende Bedeutung jener Partei in die gebührenden Schranken zurückzuführen. (Lärmrechtfertigung).

Breslauer Holzwaren. Bier. Wind. Banderole. Zeitung. 70.

### Bernschreis und Bernsprach-Berichte vom 14. April.

\* Paris. Nach Melungen aus Montevideo unterwarf sich Admiral de Wella mit dem an der Grenze gefallenen Brasilianer der Regierung von Uruguay, welche dieselben entwaffnen wird.

\* Rom. Graf Schad ist heute Abends 7 Uhr gefordert.

\* Rio de Janeiro. Der Belagerungsstand wurde bis zum 30. Juni verlängert.

Berlin. Reichstag. Die Beratung des Antrages des Grafen Konig betr. Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im Volksgesetz bestimmten ausländischen Getreides x. für Rechnung des Reiches. Abg. Will (lub.) tritt den geistigen Ausführungen Dr. Barth's entgegen. In der Beratung der kleinen Kommission zeigte sich ein totales Verkennen der brasilianischen Verhältnisse. Die Landwirtschaft werde durch die Handelsverträge dazu gezwungen, einen großen Theil ihres Getreides zu veräußern und eine Überproduktion in Menge zu schaffen. Mit dem der Landwirtschaft vom Regierung-